



KOMMENTAR

Unter dem Fähnlein der Gerechtigkeit

Nirgendwo soll es die absolute Gerechtigkeit geben und wenn es doch jemand versucht, wird's meistens furchtbar ungerecht. Dennoch, der Versuch ist nicht strafbar und so versammeln sich immer wieder Menschen unter dem Fähnlein der Gerechtigkeit oder geben es wenigstens vor. Dass Gerechtigkeitsdebatten bei der Polizei meistens einhergehen mit sozialen Abstrichen, geschieht sicherlich nur rein „zufällig“.

Ob Lohn-, Stellen- oder Beförderungsverzicht, immer begannen die Debatten mit einem Appell an unser Gerechtigkeitsempfinden. Weil Müller, Meyer oder gar Schulze andersgestellt waren als wir, mussten auch wir verzichten. Einmal waren es die Dachdecker, dann die Krankenschwestern und auch die Lehrer mussten herhalten. Der Gleichbehandlungsgrundsatz wurde phantasievoll interpretiert. Interessanterweise wurden niemals bessergestellte Berufsgruppen Gegenstand eines Vergleichs.

Wenn wir in der Vergangenheit über „Gerechtigkeitsanfälle“ unseres Innenministeriums berichteten, kamen wir nicht umhin, Vergleiche zu den allseits bekannten Schildbürgerstreichen herzustellen.

So auch bei unserem jüngsten Fall. Viele Kolleginnen und Kollegen durften es in den letzten Wochen persönlich erfahren, bei der Berechnung von Einsatzzeiten hat sich wieder einmal was geändert. Was harmlos mit einer Richtigstellung für das MEK begann, weitete sich zum Flächenbrand aus. Aus Gründen der Gerechtigkeit sollen Einsatzbeamtinnen und -beamte künftig nach Beendigung des Dienstes im geschlossenen Einsatz auf die 1/3-(Minimal-)Anerkennung der Bereitschaftszeiten als Dienstzeit verzichten. Als Grund wird seitens des Innenministeriums darauf verwiesen, dass Dienstreisende ihre Ruhezeiten auch nicht anerkannt bekommen.

Diese krause Logik ist uns schon öfter begegnet, nur niemals derart konzentriert unsozial.

Zur Erinnerung. Bereits 2007 wurde uns eine Neuberechnung aufgedrückt. Damals stellte man nach dem Bush-Einsatz fest, dass die Mehrarbeitsbelastung in der Landespolizei deutlich zu-

genommen hatte. Um derartige Tendenzen im G8-Einsatz zu vermeiden, wurden wir von der 1:1-Berechnung aus Gründen der Gerechtigkeit an die Bundesländer angepasst, die schon immer eine schlechtere Landesregel hatten. Dass es kurz danach in Niedersachsen zu einem Rechtsstreit kam, der heute am Bundesverwaltungsgericht anhängig ist, war äußerst praktisch, denn nun nahm die Gerechtigkeit auch juristisch ihren Lauf.

Und auch jetzt nimmt die Gerechtigkeit wieder einmal scheinbar ihren Lauf. Dass Äpfel mit Birnen verglichen werden interessiert keinen der Verantwortlichen, schließlich heiligt der Zweck die Mittel. Mehrarbeit muss vermieden werden und wenn schon nicht die Anzahl der Einsätze reduziert werden kann, dann drehen wir eben an der Stundenschraube.

Argumente gegen diese unsinnige Gleichmacherei verhallen ungehört. Weder die Einsatzbelastung, noch die Situa-



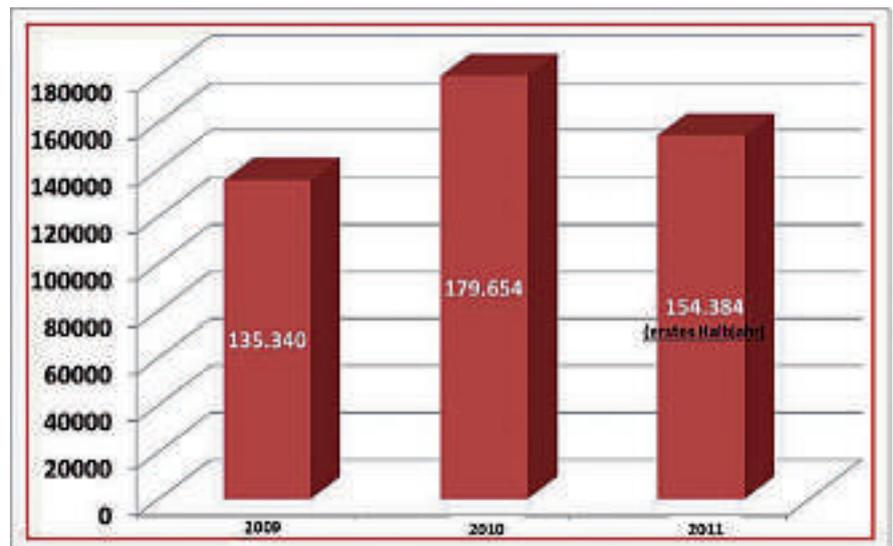
Michael Silkeit

Foto: C. Kettler

tion in den Unterkunftobjekten sind von Interesse, die Verantwortlichen blenden alles aus. Auch dass Polizisten mit Sack und Pack, mit Waffen, Führungs- und Einsatzmitteln unterwegs sind, dass sie in ihrer „Freizeit“ die Reserve des Einsatzführers stellen, wenn interessiert's?

Zeitgleich arbeiten dieselben Strategen an neuen Instrumenten zur Mitarbeitermotivation und Personalentwicklung. Geht Schildbürger noch anders?

Euer Michael Silkeit



Entwicklung der Mehrarbeit in der Landespolizei M-V (2011 = erstes Halbjahr)



DER LANDESVORSTAND



Forderung der Grünen nach Abschaffung der Polizeihubschrauber ist unsinnig

Die jüngste Forderung des Landtagsabgeordneten Johannes Saalfeld der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Mecklenburg-Vorpommern nach Abschaffung der Polizeihubschrauber gefährdet nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in hohem Maße das Leben und die Gesundheit der Menschen in unserem Land.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe August 2012 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 6. Juli 2012. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (03 85) 20 84 18-10
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

Der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher (Foto) dazu: „Aus dem Einsatz des Polizeihubschraubers anlässlich der Rettung von Personen scharfsinnig zu schlussfolgern, dass dieser überflüssig sei, könnte in mangelnder Sach- und Fachkenntnis der Grünen begründet sein, ist aber in jedem Fall unsinnig.“

Ein Polizeihubschrauber wird selbstverständlich auch zur Rettung von Personen eingesetzt. Ihm obliegen darüber hinaus viele andere Aufgaben. Allein 115 Einsätze zur Suche vermisster Personen im ersten Halbjahr 2010, darunter nicht wenige Kinder und Hilflose, rechtfertigen jederzeit die Hubschrauberstaffel der Landespolizei. „Uns steht oftmals nur wenig Zeit zur Verfügung, da können wir nicht erst Anmietungen vornehmen“, so Schumacher weiter.

Auch Aufklärungs- und Observationsflüge, Fahndungsflüge und Einsätze im Katastrophenfall bestimmen den Polizeialltag in einem Flächenland. Schumacher weiter: „Mit seiner unsinnigen Forderung

beweist Herr Saalfeld darüber hinaus, dass er sich mit den negativen Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Polizeien der Ländern bisher nicht auseinandergesetzt hat. Denn sonst wüsste er, dass die Polizeien kaum noch miteinander vergleichbar sind. Schon eine differenzierte politische Prioritätensetzung führt zum Auseinanderdriften der Länder.“

Der Landesvorstand



JUNGE GRUPPE MECKLENBURG-VORPOMMERN

JUNGE GRUPPE zu Gast im Innenministerium

Während der Landesjugendkonferenz im November 2011, die unter dem Motto „Stürmische Zeiten“ stand, wurde durch die Delegierten mit einer Postkartenaktion ein Zeichen gesetzt. Die jungen Kollegen haben ihre persönlichen Wünsche an den Dienstherren, die Bevölkerung und sich selbst vermerkt. Diese wurden via Luftpost über das Land verteilt. Eine Hand voll Karten erreichte dann auf dem Landweg, durch die Unterstützung fleißiger Finder, die Geschäftsstelle der GdP M-V. Anlässlich dieser Aktion wurde der Geschäftsführende Landesjugendvorstand der GdP M-V am 6. Juni 2012 durch den Innenminister Lorenz Caffier zu einer Gesprächsrunde empfangen.

Ebenfalls anwesend waren der Abteilungsleiter der Polizei, Frank Niehörster, und der Personalreferent der Polizeiabteilung, Dr. Boden. Ziel der Gesprächsrunde war es, die Postkarten an den Innenminister zu übergeben und die genannten Wünsche und Sorgen der jungen Kollegen anzusprechen.

Der Stellenabbau in der Landespolizei wurde thematisiert. Durch den Innenminister Lorenz Caffier wurde klargestellt, dass sein Hauptziel, vor allem im Hinblick auf die 2015 anstehende Evaluation mit dem Finanzministerium, lautet, nicht weniger als 5800 Beschäftigte in der Landespolizei zu haben. Des Weiteren machte er klar, dass man, bei einem weiteren Stellenabbau, darüber reden muss, welche Aufgaben die Polizei nicht mehr wahrnehmen kann.

Ein weiteres Thema, auf das durch die jungen Beamten aufmerksam gemacht wurde, ist der teilweise sehr schlechte bauliche Zustand einzelner Dienststellen. Der Innenminister Lorenz Caffier gab an, dass aktuell 10 Mio. € zusätzlich für Baumaßnahmen im Haushalt vorgesehen sind. Ihm sind die Problemdienststellen bekannt und es wurde bereits eine Top-Ten-Liste durch das Innenministerium aufgestellt. Die wichtigsten Vorhaben bis 2017 sind die Fertigstellung des Standortes Waldeck, die Dienststelle in der Ulmenstraße in Rostock und die Umverteilung der Bereitschaftspolizei zum Polizeizentrum Schwerin. Dieses soll in mehreren Bauabschnitten fertiggestellt werden. Ebenso ist der Bau eines modernen Schießausbildungszentrums an der Fachhochschule in Güstrow vorgesehen.

Es ist geplant, alle Kollegen, unmittelbar nach Abschluss der Haushaltsberatungen, öffentlich zu informieren.

Einer der am häufigsten genannten Wünsche der jungen Beamten war die Schutzausstattung. Noch immer besteht



Lorenz Caffier nimmt die Postkarten von Josefine Hille entgegen.

das Problem, dass die Auszubildenden und Studenten keine Schutzweste erhalten, wenn sie für das Praktikum in die Dienststellen gehen. Der JUNGEN GRUPPE wurde versichert, dass die Neuzugänge aus dem Jahr 2012 personenbezogene Schutzwesten erhalten. Ziel des Innenministeriums ist es, dass bis Ende 2014 jeder Beamte eine personenbezogene Schutzweste besitzt. Die Fachhochschule soll bereits in diesem Jahr ihren angemeldeten Bedarf von 80 Schutzwesten erhalten. Auch soll die Fachhochschule die alten Körperschutzausstattungen aus den Dienststellen erhalten, um somit besser für Übungseinsätze und Praktika ausgestattet zu sein.

Ebenfalls angesprochen wurde die Erneuerung des Waffenbestandes. Bei diesem Thema machte der Innenminister Lorenz Caffier eindeutig klar: „Man muss Prioritäten setzen und Schutzausstattung hat Vorfahrt!“

Ein Thema, das uns als JUNGE GRUPPE sehr wichtig ist, ist die Verwendung der Absolventen. Ein Hauptziel der JUNGEN GRUPPE war es in der Vergangenheit, dass die Kollegen nach der Ausbildung bzw. dem Studium frühzeitig erfahren, in welche Hundertschaft sie kommen. Dieser Punkt wurde bereits nachgebessert, sodass mittlerweile ausreichend Zeit bis zur Versetzung besteht.

Weiterhin erstrebenswert ist die frühzeitige Bekanntgabe des neuen Dienstortes nach der Zeit bei der Bereitschaftspolizei. Recherchen haben ergeben, dass dabei immer wieder Probleme auftreten. Durch uns wurde betont, dass acht bis zwölf Wochen für Vorbereitungen und insbesondere die Wohnungssuche notwendig sind. Der Abteilungsleiter Frank Niehörster stimmte dem zu: „Je eher der Beamte weiß, wo es hingehet, umso eher

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

kann er sich darauf einstellen!“ Auch der Innenminister Lorenz Caffier gab zu: „Es läuft nicht optimal!“ Als Ursachen für zu kurze Vorlaufzeiten nannten beide unter anderem, dass es sich um das erste Nachersatzverfahren nach der Polizeistrukturreform handelt und der Stellenausgleich zwischen den beiden Polizeipräsidien notwendig ist. Es wurde jedoch klargestellt, dass Lösungen gesucht und auch gefunden werden.

Eine weitere Forderung der JUNGEN GRUPPE ist es, den Altersdurchschnitt in den Revieren zu senken. Das ist auch eines der Grundziele des Innenministers. Er sagte: „Ich lebe jetzt mit einer Situation, für die sich die Politik 1990 entschieden hat!“ Herr Frank Niehörster gab an, dass ca. 2016/2017 die Verjüngung der Landespolizei spürbar sein wird.

In dem Gespräch wurde für die JUNGE GRUPPE so manche offene Frage beantwortet. Aber auch der Innenminister machte klar, dass er aus der Unterhaltung Information für sich und für die zukünftigen Diskussionen innerhalb des Ministeriums mitnehmen konnte.

Abschließend eröffnete Herr Frank Niehörster der JUNGEN GRUPPE die Möglichkeit, regelmäßig ins gemeinsame Gespräch zu kommen. Dieses Angebot nehmen wir sehr gerne im Interesse der jungen Kollegen an.

Die JUNGE GRUPPE bedankt sich bei den Anwesenden, insbesondere beim Innenminister Lorenz Caffier und dem Abteilungsleiter Frank Niehörster, für die offenen Worte und dafür, dass sie sich, trotz straffer Terminplanung, mehr Zeit für uns genommen haben als geplant.

Josefine Hille

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V**

**Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin,
oder**

- per Fax an: 03 85-20 84 18-11
- per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de

Qualifikation und Qualifizierung – Notwendigkeit, Chance oder Selbstzweck?

Unter dem Begriff Qualifizierung versteht die GdP den Vorgang zur Erlangung von Fähigkeiten, um eine bestimmte Aufgabe oder Anforderung erfüllen zu können. Qualifizierung von Mitarbeitern bedeutet Personalentwicklung. Der Abschluss von Dienstvereinbarungen bietet Dienststellen die Möglichkeit Mitarbeiter, entsprechend zu fordern und zu fördern.

Die heutige Zeit ist gekennzeichnet durch häufige und sich schnell vollziehende gesellschaftliche, technologische und sonstige Änderungen, deren Bewältigung in Verwaltungs- und Infrastruktureinrichtungen umfassendes Fachwissen, Flexibilität und Kreativität erfordert. Durch die Qualifizierung von Beschäftigten können diese Anforderungen innerhalb der dienstlichen und betrieblichen Abläufe der Landespolizei erfüllt werden.

Die Beschäftigten sind noch immer die wertvollste Ressource der Dienststelle!!!!

Die GdP will auch angesichts neuer Herausforderungen die handlungs- und durchsetzungsfähige Interessenvertretung für alle Polizeibeschäftigten bleiben. Mit den Ideen und Konzepten von gestern allein werden wir diese große Herausforderung von heute und morgen sicherlich nicht meistern können. Albert Einstein hat es sinngemäß einmal so formuliert: „Man kann ein Problem nicht mit den gleichen Denkstrukturen lösen, die zu seiner Entstehung Anlass gegeben haben!“

Die Arbeit, die von den Beschäftigten in der Polizei geleistet wird, entwickelt sich weiter, die Anforderungen, die an die Kolleginnen und Kollegen gestellt werden, wachsen. Zur Erfüllung dieser zukünftigen Aufgaben sind Fort- und Weiterbildungsangebote zwingend notwendig.

Die GdP versteht Qualifizierung von Beschäftigten auch als Teil der Personalentwicklung.

Das Personalvertretungsrecht ermöglicht dem Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern und dem Hauptpersonalrat der Polizei die Möglichkeit, hierzu Dienstvereinbarungen abzuschließen.

Zwar lehnt der § 5 Abs. 2 TV-Länder zwar individuelle Ansprüche für Arbeitnehmer ab, verweist aber insbesondere

auf Regelungen durch **Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen**.

Das kann nur so verstanden werden, dass die Tarifvertragsparteien den Betriebsparteien einen weiten Handlungs- und Gestaltungsspielraum eröffnen wollen, der außer Einzelheiten von Qualifizierungsmaßnahmen auch die Qualifizierungsplanung, etwaige Teilnahmepflichten und auch individuelle Ansprüche auf Teilnahme umfassen kann.

Ein hohes Qualifikationsniveau und lebenslanges Lernen liegen **im gemeinsamen Interesse** von den Beschäftigten und der Landespolizei M-V. Eine Qualifizierung dient sowohl der Steigerung von Effektivität und Effizienz, der Nachwuchsförderung als auch der Steigerung von beschäftigungsbezogenen Kompetenzen.

Das Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern und der Hauptpersonalrat der Polizei müssen daher mit echtem Willen und Bewusstsein – auch mit mehr Mut und Leidenschaft – die Bewältigung jener Aufgaben in Angriff nehmen, die sich ihnen geradezu entgegendrängen.

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt“ (Dante Alighieri).

Vor diesem Hintergrund fordert der Fachbereich Tarif den zügigen Abschluss einer Dienstvereinbarung zwischen Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern und dem Hauptpersonalrat der Polizei zur Regelung der Qualifizierung von Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund stellt Qualifizierung nach dieser Dienstvereinbarung ein Angebot dar.

Euer Landesfachbereichsausschuss Tarif



KREISGRUPPE ANKLAM

Wie viel Polizei braucht der Landkreis Vorpommern-Greifswald?

Wie die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kreisgruppe Anklam am 8. Mai 2012 erfahren hat, wurde darüber entschieden, wie im diesjährigen Nachersatzverfahren (Versetzungungsverfahren) das Personal des Landesbereitschaftspolizeiamtes Mecklenburg-Vorpommern in den Polizeipräsidi- um Neubrandenburg zu verteilen ist. Obwohl uns bekannt ist, dass KollegInnen bereitwillig in die Polizeiinspektion Anklam versetzt werden wollen, wird für das Polizeipräsidi- um Neubrandenburg und somit auch für die Polizeiinspektion Anklam kein Personal berücksichtigt.

Das Ministerium für Inneres und Sport empfiehlt nun, „sozialverträgliche Lösungen zu finden“. Diese Lösungen sind jedoch innerhalb des Polizeipräsidi- um Neubrandenburg nicht mehr zu realisieren. Es wird somit der Wille, dass zukünftig beispielsweise ein Polizeiobermeister von Ribnitz-Damgarten täglich zum Dienst nach Pasewalk fahren muss!

In einer aufgabenorientierten Polizeiorganisation kritisiert die GdP-Kreisgruppe Anklam diese Entwicklung. Die Folge für die Polizeiinspektion Anklam ist eine weiter ansteigende Altersstruktur und dadurch u. a. auch das Fehlen von dringend benötigtem Führungspersonal des gehobenen Dienstes. Zielführende Absicht des Innenministeriums sollte es doch vielmehr sein, junge, motivierte und gewillte Polizeivollzugsbeamte in unsere Polizeidienststellen zu versetzen. Dort

würden sie angesichts der steigenden Kriminalität in den Grenzgemeinden zu Polen sowie bei den ständigen Auseinandersetzungen der rechten und linken Szene dringend benötigt.

„Dieser anhaltende Personalabbau kann den stetigen Herausforderungen in der Polizeiinspektion Anklam nicht mehr gerecht werden. Die GdP-Kreisgruppe Anklam hält diese Entwicklung im Nachersatzverfahren für grundfalsch und fordert das Ministerium für Inneres und Sport dazu auf, die Entscheidung zu ändern, um die Polizeistärke im Landkreis Vorpommern-Greifswald endlich auf die dringend benötigte Mitarbeiterzahl in Schutz- und Kriminalpolizei zu erhöhen,“ so Marco Bialecki. Der GdP-Kreisgruppenvorsitzende Bialecki weiter: „Es bleibt dabei, wer die Polizei mit den jetzigen Aufgaben und in der jetzigen schon



Der Anklamer Kreisvorsitzende der GdP, Marco Bialecki, im Nordmagazin: „Vor der Polizeistruktur war die Polizei schlank, dann wurde sie dünn und nun sind wir auf dem Weg magersüchtig zu werden.“

schlankeren Struktur betreiben will, braucht dazu NICHT NOCH WENIGER an Polizistinnen und Polizisten!“

Der Kreisgruppenvorstand

Nachersatzverfahren – Prozedere wurde wiederholt!!!

Nachdem die berechtigte Kritik der Kreisgruppe Anklam der Gewerkschaft der Polizei (GdP) über das diesjährige Nachersatzverfahren auch dem Innenminister bekannt wurde, musste von seinem Abteilungsleiter Polizei (II4 Mdg. Niehörster) eingegriffen werden. Ergebnis: In diesem Jahr werden „voraussichtlich“ zehn (10) Beamtinnen und Beamte in das Polizeipräsidium Neubrandenburg versetzt!

Über diese Ministerentscheidung ist die GdP-Kreisgruppe Anklam froh. Der Kreisgruppenvorsitzende Marco Bialecki: Mich wundert nicht, dass die alte Entscheidung durch den Minister abgelehnt wurde. Wer solche Entscheidungen auch noch ohne Beteiligung des Personalrates durchführt, darf sich nicht wundern, wenn die vom Innenminister getroffene Entscheidung nun anders lautet. Lorenz Caffier setzt mit seiner Entscheidung aber auch ein Zeichen, das „der Osten“ nicht vergessen und die schwierige Situation bei uns auch anerkannt wird.

Ursprünglich sollte es nach dem Willen von Spitzenbeamten der Landespolizei nicht möglich gewesen sein, das Beamtinnen und Beamte (Versetzungsgesuche liegen vor) in das Polizeipräsidium (PP) Neubrandenburg und somit auch in die Polizeiinspektion (PI) Anklam versetzt werden.

Bialecki mahnt trotzdem weiter: 10 Versetzungen in das PP Neubrandenburg bedeuten zum einen noch nicht, dass diese 10 Versetzungen auch in der PI Anklam ankommen müssen und zum anderen, sollten diese 10 Versetzungen tatsächlich

in der PI Anklam ankommen, würden es aber „nur 10 weniger“ Stellen sein als belastungsorientiert erforderlich wären.

Die Folgen ohne neue Versetzungen aus dem Nachersatzverfahren wären auf jeden Fall fatal gewesen.

Der Innenausschuss des Landtages hat sich in einer Sitzung am 14. Juni 2012 (nach Redaktionsschluss) über die angespannte Personalsituation bei der Polizeiinspektion Anklam erneut informiert.

Der Kreisgruppenvorstand



Innenministerium muss Bereitschaftszeiten anerkennen!

In einem Schreiben an den Innenminister Lorenz Caffier fordert der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Michael Silkeit, die Anerkennung von Bereitschaftszeiten bei geschlossenen Einsätzen mindestens in der bisher gewährten Form.

In seinem Schreiben kritisiert Silkeit auf das Schärfste eine neue Erlasslage des Innenministeriums, die dazu führen wird, dass zukünftig Bereitschaftszeiten in geschlossenen Einsätzen kaum noch anerkannt werden. Laut Innenministerium ist es beabsichtigt, den Beamtinnen und Beamten der Landespolizei in ihrer jeweiligen auswärtigen Unterkunft grundsätzlich Freizeit zu gewähren.

Der Landesvorsitzende der GdP, Michael Silkeit, dazu: „Diese Erlasslage ist unsinnig und realitätsfremd. So bleiben entscheidende Fragen unbeantwortet. So wie die nach dem Verbleib der Waffen und Einsatzmittel oder auch die Frage, wie die Beamtinnen und Beamten

nach Abschluss des Einsatzes zu ihrem Heimatort gelangen werden. Wenn es sich um Freizeit handelt, kann sie niemand zwingen, an dem auswärtigen Unterkunftsart zu verweilen. Für mich ist dieser Erlass mit der heißen Nadel gestrickt und stellt lediglich einen erneuten Versuch dar, Überstunden abzubauen.“

Das Innenministerium verweist in seinem Erlass vom 14. März 2012 darauf, dass diese Neuberechnung der Bereitschaftszeiten in Zusammenhang mit einem beim Bundesverwaltungsgericht anhängigen Verfahren der GdP Niedersachsen steht. Das ist nach Auffassung der GdP Mecklenburg-Vorpommern falsch, denn in dem anhängigen Verfah-



ren geht es lediglich um die Frage, ob Bereitschaftszeit Arbeitszeit ist. Weder das Land Niedersachsen noch die GdP haben das in ihren Schriftsätzen bezweifelt, wie es jetzt das Innenministerium M-V tut.

Wir erwarten, dass die ursprüngliche Erlasslage unverzüglich hergestellt wird.

Der Landesvorstand

KREISGRUPPE ANKLAM

Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Jeannine Rösler (DIE LINKE)

Zu einem Gespräch traf sich am 30. Mai 2012 die Landtagsabgeordnete Jeannine Rösler mit dem Anklamer Kreisgruppenvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Marco Bialecki. Während des eineinhalbstündigen Gedankenaustauschs im Anklamer Büro der Abgeordneten berichtete der GdP-Kreisgruppenvorsitzende, was den Polizeibeschäftigten derzeit unter den Nägeln brennt und trug gewerkschaftliche Erwartungen vor.

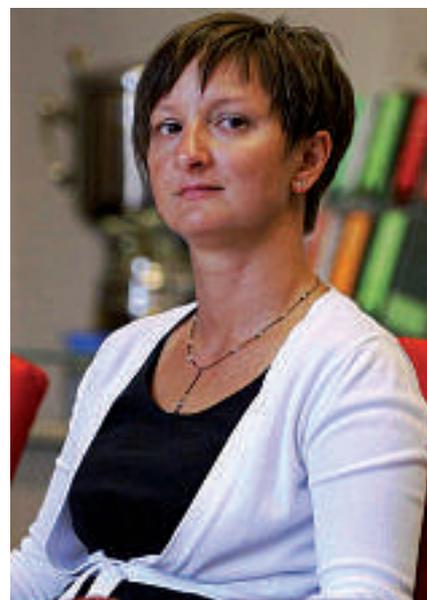
Erhebliche Bedenken erhob Bialecki an dem diesjährigen Nachersatzverfahren (Versetzungsverfahren) und wie das Personal des Landesbereitschaftspolizei-amtes Mecklenburg-Vorpommern in den Polizeipräsidien so verteilt worden ist. „Wir machen uns große Sorgen um die Wirkung bei den Kolleginnen und Kollegen, denn die Stimmung in der Polizei ist nach der Polizeistruktur ohnedies bereits äußerst angespannt“, so Bialecki.

Weitere Gesprächsthemen waren u. a. die Einsatzbelastung der Kolleginnen und Kollegen, der Krankenstand, der Altersdurchschnitt sowie das lokale Thema der Videoüberwachung in Anklam.

Jeannine Rösler zeigte sich beeindruckt von den Darstellungen und bedankte sich für das Gespräch. Gerade auch die Darstellung des polizeilichen Alltags in der ländlichen Polizeiinspektion Anklam machte viele Problematiken deutlich, in der sich unsere Kolleginnen und Kollegen derzeit befinden. Sie habe sowohl Verständnis für die Bedenken als auch für die Kritik an die Landespolitiker.

Am Ende des interessanten Gesprächs waren sich beide Seiten einig, den begonnenen konstruktiven Informationsaustausch weiter zu pflegen.

Der GdP-Kreisgruppenvorstand



Jeannine Rösler (DIE LINKE)

Foto: Links-Fraktion MV



Eine Qualitätsveränderung ist notwendig

Am 10. Mai 2012 fand die Mitgliederversammlung der Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Rostock wie geplant in den Räumlichkeiten der AWO Südstadt statt. Als Gast konnte der amtierende Vorsitzende der Kreisgruppe Rostock, Norbert Warnke, begrüßt werden.

Wesentlicher Inhalt der Mitgliederversammlung waren die Themen:

- Organisation der Seniorenarbeit sowie
- Fragen zu Pensionsberechnung/Rente.

Zum ersten Thema standen insbesondere Fragen zu den Reiseveranstaltungen für Seniorinnen/Senioren im Mittelpunkt. Der hierzu geführten Diskussion war zu entnehmen, dass zwar vieles „angeschoben“ wurde, aber die erforderliche Resonanz fehlt. Leider waren es meist die Gleichen, die sich für Reiseveranstaltungen interessierten und daran teilnahmen.

Es gab allerdings auch Anmeldungen, zu denen die Teilnahme unmittelbar vor Reisebeginn abgesagt wurde bzw. wo selbst das unterblieben ist. So sollte es nicht weitergehen. Dies führte selbstverständlich zu Schwierigkeiten mit Reiseveranstaltern.

Qualitätsveränderung

Unter allgemeiner Zustimmung wurde vorgeschlagen, dass nicht die Häufigkeit der Veranstaltungen entscheidend sei, sondern dass eine Qualitätsveränderung notwendig ist, d. h. weniger Reiseveranstaltungen, dafür aber im Vorfeld ausreichende Informationen, die zu mehr Gemeinsamkeit (höhere Beteiligung) führen können.

Allerdings ist hierzu die Anmerkung erlaubt, dass sich unsere Seniorinnen/Senioren aktiver beteiligen sollten (breite Basis) und nicht darauf warten, dass der Vorstand etwas tut.

Zu erwähnen ist, dass jeder von uns eingeladen ist zum Kegeln am ersten Dienstag des Monats (siehe Arbeitsplan, außer in den Sommermonaten).

Kontakt gibt es zu dem uns bekannten Fahrlehrer Bahls. Bei Bedarf besteht die Möglichkeit, mit ihm eine Schulung zu Veränderungen in der StVO zu organisieren.



Mitgliederversammlung der Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Rostock

Bezüglich bestehender Probleme bzw. Fragen zur Pensionsberechnung/Rente wurde über das Stand von eingereichten Klagen sowie weiteren Aktivitäten informiert. So auch darüber, dass die Entscheidung über derartige Probleme jeweils Landesentscheidungen sind, d. h. also nicht grundsätzlich in den Ländern gleich sind.

Da es sich um ein sehr spezielles Thema handelt, konnten nicht zu allen Fragen befriedigende Informationen gegeben werden. Fest steht, dass das Thema für die Gewerkschaft nicht „zu den Akten gelegt“ ist.

Es gab auch Hinweise auf das „Aktiv-Programm-Senioren“ (APS). Dabei handelt es sich um Informationen und Hinweise wie z. B. Betreuungsrecht oder Vorsorgevollmacht. Unterlagen/Mappen sowie nähere Hinweise können bei den AG, bei Sozialämtern, der Signal Iduna sowie weiteren Einrichtungen erlangt werden.

Hans Treite

KG GREIFSWALD

Geburtstagsgratulationen

Resultierend aus einer Gesprächsrunde während eines Treffens ehemaliger GdP-Funktionäre mit dem Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand am 18. und 19. Mai 2011, befasste sich der Geschäftsführende Landesvorstand mit entsprechenden Fragen.

„Zufrieden sein ist große Kunst, zufrieden scheinen großer Dunst, zufrieden werden großes Glück, zufrieden bleiben Meisterstück.“ (Volkswisheit)

Alles Gute zum Geburtstag im Monat Juli wünschen wir unseren Mitgliedern **Dörte Schröder, Hartmut Mertens, Manfred Schermucksnies, Hans-Günther Becker, Daniel Bogaczyk und Jörg Rudnick.**

Des Weiteren wünschen wir **Manfred Hamann** zum 70. Jahrestag nur das Beste und viel Gesundheit.

Euer Vorstand der KG Greifswald



Günstiger, als die Polizei erlaubt!

hks-b.de



Ingenieurskunst trifft dynamisches Design: Der Opel Astra Sports Tourer.

Der Opel Astra Sports Tourer hebt Fahrgegnuss auf ein neues Niveau und bietet Ihnen zugleich ungewöhnlich viel Raum für Ihre Bedürfnisse – inklusive aller innovativen Technologien, die bereits die preisgekrönte Limousine auszeichnen.



Elegant, attraktiv und flexibel: Der Opel Meriva.

Steigen Sie ein und erleben Sie das innovative FlexDoors®-Türkonzept sowie fantastische Flexibilität, entspannten Komfort und exzellente Effizienz. Ganz gleich, ob Reisen, Shopping oder Fahrradtour – der Opel Meriva ist ein Meister in puncto Flexibilität und passt sich Ihren mobilen Bedürfnissen an.



Macht mehr aus Ihrem Alltag: Der Opel Zafira Tourer.

Von außen überzeugt er mit seinem progressiven Design und seiner aerodynamischen Silhouette. Von innen bietet er noch mehr Flexibilität, hochqualitative Materialien und einzigartige Innovationen für bis zu 7 Personen – und wird so zum optimalen Begleiter für jeden Tag.

Kraftstoffverbrauch der hier abgebildeten Modelle in l/100km, kombiniert: 8,5-4,0;
CO₂-Emission, kombiniert: 177-105 g/km (gemäß 1999/94/EG).



**GdP Mitglieder bekommen bei Dello in Schwerin einen
Rabatt von bis zu 22% beim Kauf eines neuen Opel!**

DELLO Schwerin
Hagenower Str. 75
Tel. 0385 / 30 230-0
schwerin@dello.de



DELLO
Leistung von Mensch zu Mensch

Die ganze Dello Autowelt: www.dello.de



Weitere Informationen auch über:

GdP Police Service GmbH

Platz der Jugend 6 · 19053 Schwerin

Tel. 0385 / 20 84 18 17 · Fax 0385 / 20 84 18 11

service@policeservice-mv.de